

Jens Holst

Senkung der Krankenkassenbeiträge: Ein untauglicher Weg zur Verringerung der Lohn»neben«kosten

Zusammenfassung

Die Belastung der Unternehmen durch Lohnnebenkosten bestimmt seit etlichen Jahren die politische Debatte in Deutschland. Die Belastungen durch Lohn»zusatz«kosten und dabei vor allem Sozialversicherungsbeiträge gelten vielfach als Hemmnis für Wirtschaftswachstum und anhaltende hohe Arbeitslosigkeit. Bei eingehenderer Analyse erweist sich die angenommene Standortbenachteiligung durch Lohnnebenkosten als interessensgeleiteter Mythos. Denn tatsächlich haben die Arbeitgeberbeiträge für die Krankenversicherung und andere Sozialversicherungszweige allenfalls vernachlässigbare Auswirkungen auf die Preise von deutschen Weltmarktprodukten.

Einleitung

Seit Jahren gehört das Lamento über steigende »Lohnnebenkosten« und die hohe Ausgabenbelastung der deutschen Wirtschaft durch Sozialabgaben hierzulande zum Standardrepertoire der sozial- und gesundheitspolitischen Debatte. Die vermeintliche Gefährdung der Wettbewerbsfähigkeit des »Wirtschaftsstandortes Deutschland« und der Kampf um seine Sicherung treibt die Sozialpolitik seit Jahren vor sich her (vgl. Lindlar & Scheremet 1999: 749). Deutlicher Beleg ist die Fokussierung der politischen Debatte auf die Stabilisierung der Ausgaben der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und der Beitragssätze der Krankenkassen. Dabei hatte der Sachverständigenrat für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen bereits vor 15 Jahren festgestellt, »daß wirtschaftspolitische Bemühungen, die zur Verbesserung von Beschäftigung, Wachstum und Standort Deutschland nur an den Lohnnebenkosten bzw. den Sozialabgaben ansetzen, erheblich zu kurz greifen« (SVR-G 1996: 23).

Derartige Hinweise passen jedoch nicht zum herrschenden Diskurs. In den meisten Medien wie in der öffentlichen Wahrnehmung sind »Lohnnebenkosten« praktisch gleichbedeutend mit Sozialversicherungs- und in erster Linie mit Krankenkassenbeiträgen. Eine Ursache liegt zwei-

fellos im ständigen Anstieg des Beitragsatzes, der offenbar wirksam die Glaubwürdigkeit der populärökonomischen These erhöht, sie seien die wesentliche Ursache für die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit. Mit über jeglichen Zweifel erhabener Selbstverständlichkeit wiederholen MeinungsträgerInnen aus Politik, Wirtschaft und Medien unermüdlich die Behauptung, der Standort Deutschland sei aufgrund zu hoher Lohnnebenkosten gefährdet. Keine Talkshow zum Themenkomplex Gesundheitsfinanzierung und –reform kommt ohne eine/n abgabengebute/n ArbeitgeberIn oder eine/n VertreterIn der vorherrschenden ökonomischen Lehre aus, die nicht müde werden, Sozialabgaben als Sargnagel der deutschen Volkswirtschaft zu geißeln.

Einige gängige gesundheitspolitische Glaubenssätze waren in den letzten Jahren zunehmend unter Druck geraten. Seit Beginn der schwarz-gelben Koalition hat indes ein semantisches Rollback eingesetzt und unbelegte populistische Behauptungen verdrängen wieder munter die Empirie. So begründete FDP-Gesundheitsminister Philipp Rösler im September 2010 seine Gesundheitsreform mit den angeblich unvermeidlichen Herausforderungen des demografischen Wandels und der Notwendigkeit, die Lohnnebenkosten von den Krankenkassenbeiträgen zu entlasten. Aber immerhin – bei seiner Begründung gestand er ein, dass die Rechengröße der Lohn»neben«kosten auch andere Posten enthält als die Beiträge zur sozialen Krankenversicherung. In diesem Punkt hatten die Debatten vergangener Jahre vielfach einen anderen Eindruck vermittelt.

Grundlagen des Mythos

Der Mythos, hohe Lohn»neben«kosten gefährdeten den Wirtschaftsstandort Deutschland, ist Teil der neoklassischen Ideologie, die komplexen volkswirtschaftlichen Zusammenhängen mit bloßen betriebswirtschaftlichen Erklärungsmustern entgegentritt. Zugleich ist er eine Methode zur Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen von UnternehmerInnen an möglichst geringen Lohnkosten und trägt zur Sicherung der Herrschaft jener gesellschaftlichen Gruppen bei, die interessierte Kreise gerne als »Leistungsträger« bezeichnen und die vermeintlich nicht nur die ganze Last der »Wirtschaft«, sondern auch der Gesellschaft auf ihren Schultern tragen. Die Lohnnebenkostendebatte soll den BürgerInnen außerdem die wahren Verantwortlichkeiten für Wachstum und Lebensstandard zeigen. ArbeitgeberInnen und ihre Unterstützer in Politik und Medien setzen dabei den internationalen Wettbewerb gezielt als Werkzeug im internen Verteilungskampf ein. Dank der Weltmarktwettbewerbsrhetorik muss man nicht offen gegen den Sozialstaat argumentieren, sondern »nur« seine meist »Umbau«

genannte Anpassung an die ökonomischen Herausforderungen fordern, da der Wohlfahrtsstaat unter den Bedingungen harter Weltmarktkonkurrenz eine Gefahr für Wirtschaft und der Arbeitsplätze darstelle.

Der implizite Vorwurf an ArbeitnehmerInnen, sie seien wahlweise zu teuer oder zu anspruchsvoll, ist im Übrigen praktisch so alt wie die Lohnarbeit selbst. Schon der Begründer des deutschen Sozialversicherungswesens, Otto von Bismarck (1815-1898), machte die sozialistisch-demokratischen Umtriebe und die geringe Leistungsfähigkeit oder --willigkeit deutscher Arbeiter für die angeblich nachlassende Produktivität im deutschen Reich verantwortlich (Reiners 2010: 42). In der Weimarer Republik mokierte sich der deutschnationale Kaufmann und Handelsgehilfe Gustav Hartz (1928: 51f) über die »Propaganda mit der »sozialen Belastung der Wirtschaft« und wies darauf hin, die Arbeitnehmerschaft sei schließlich auch Teil der »Wirtschaft«. Die Sorge um die nationale Ökonomie überstand unbeschadet Nationalsozialismus und Krieg bis in die Anfangsjahre der Bundesrepublik Deutschland. 1955 gelangte der ordoliberal Ökonom Hans Willgerodt (1955: 273/281) zu der Feststellung, »Alle Formen kollektiver Solidarität sind heute in vielen Ländern hoffnungslos überanstrengt« und äußerte die Befürchtung, die Sozialisierung der Arbeitseinkommen in Deutschland werde einen »sehr bedenklichen Umfang« annehmen. Spätestens mit dem 1993 vorgelegten »Bericht der Bundesregierung zur Zukunftssicherung des Standortes Deutschland« (Deutscher Bundestag 1993) wurden die These zu hoher Löhne und die Idee von der Überforderung der Wirtschaft durch den Sozialstaat Grundlage gesetzgeberischer Entscheidungen (vgl. Ehrenberg 1996: 139). Bis heute prangert die arbeitgeberfinanzierte »Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft« (INSM) in Köln gemeinsam mit WirtschaftswissenschaftlerInnen, PolitikerInnen und JournalistInnen vermeintlich überhöhte Arbeits- und Lohnnebenkosten als Totengräber der deutschen Wirtschaft an (vgl. INSM 2006).

Wesentliche Nahrung erhält der Mythos von den Lohn»neben«kosten durch den allseits spürbaren und scheinbar unaufhaltsamen Anstieg der Sozialversicherungs- und insbesondere der GKV-Beiträge. Während die Gesundheitsquote, also der Anteil der Gesundheitsangaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP), in den letzten fünfzehn Jahren nur mäßig von 10,1 auf 11,2 % stieg,¹ zeigten die Beitragssätze zur GKV tatsächlich einen anhaltenden Anstieg und gingen seit 2001 um mehr als zwei Prozentpunkte von 13,15 % auf aktuell 15 % nach oben. Damit hat sich trotz des relativ geringfügigen Anstiegs der Gesundheitsausgaben der GKV im Verhältnis zum BIP der durchschnittliche GKV-Beitragssatz seit 1970² bis heute nahezu verdoppelt (Reiners 2010: 20). Bezieht man die

GKV-Gesundheitsausgaben nicht auf das BIP, sondern auf die Brutto-lohnsumme, ergibt sich ein Anstieg von 12,1 % im Jahr 1975 auf 13,97 % (Destatis 2010b).

Eine wesentliche Ursache für die große Relevanz der Lohnnebenkostendebatte im Zusammenhang mit Fragen der sozialen Sicherung in Deutschland liegt im Design des hiesigen Krankenversicherungswesens. Denn in Bismarck-Systemen belasten die Sozialabgaben ausschließlich das volkswirtschaftliche Arbeitseinkommen, sind also primär an die Lohnquote gekoppelt. Dessen Anteil am Volkseinkommen sinkt jedoch seit vielen Jahren kontinuierlich zu Gunsten anderer Einkünfte. Denn während das Bruttoinlandsprodukt zwischen 1995 und 2009 um 30,23 % stieg, legten die Arbeitnehmerentgelte im gleichen Zeitraum nur um 22,76 % zu, wohingegen Unternehmens- und Vermögenseinkommen um 47,70 % wuchsen (Destatis 2010c: 623). In der GKV sind steigende Beitragssätze vor allem eine Folge der zunehmenden Spreizung zwischen dem gesamten Volkseinkommen und den Einkommen aus Erwerbstätigkeit. Die Bemessungsgrundlage für die Beiträge, die Bruttolöhne und -gehälter, hält nicht Schritt mit der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Erschwerend kommt eine Besonderheit des deutschen Gesundheitswesens hinzu, die keineswegs in allen Bismarck-Systemen anzutreffen ist.³ Die obere Beitragsbemessungsgrenze und die Möglichkeit für Besserverdienende, aus der GKV auszuscheren und in eine private Versicherung zu wechseln, führen dazu, dass nur ein Teil der Gesamtlohnsumme beitragspflichtig ist. Denn hohe Einkommen zahlen nur anteilig oder gar nicht in die GKV ein, so dass die Betrachtung der Lohnsummenentwicklung leicht in die Irre führen kann. Bei der Teil- oder Komplettbefreiung hoher Arbeitnehmerentgelte von der Sozialversicherungspflicht und gleichzeitig zunehmender Einkommensspreizung mit steigenden oberen Einkommen sowie wachsendem Niedriglohnsektor müssen die Beitragssätze zur GKV unweigerlich stärker steigen als die Lohnsumme oder das Volkseinkommen.

Die gegenwärtige Auseinandersetzung um die Höhe der Lohnnebenkosten ist zudem viel mehr eine Folge der Vereinigung beider deutscher Staaten als der Globalisierung. Wesentlich war die Entscheidung der damaligen Bundesregierung, die im dreistelligen Milliardenbereich liegenden vereinigungsbedingten Defizite der sozialen Sicherung ausschließlich aus Beitrags- und nicht aus Steuermitteln zu finanzieren. Diesen Teil der Vereinigungslast trugen somit abhängig Beschäftigte und ihre ArbeitgeberInnen allein, während Beamte, die meisten Selbständigen und BezieherInnen von Kapitaleinkünften verschont blieben (vgl. Kaufmann 2000: 12).

Thesen

»Wer hierzulande ein gutes Beispiel für einen Teufelskreis sucht, der wird in der Sozialversicherung fündig. Wenn der Beitragssatz aufgrund von höheren Ausgaben steigt, dann wird Arbeit teurer. Wenn die Arbeit zu teuer wird, gehen Jobs verloren. Die Zahl der Beitragszahler schrumpft mithin, was erneut zu einer Anhebung der Beitragssätze führt.« (IW 2004). Das Arbeitgeber-Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) in Köln wird nicht müde, die schädlichen Wirkungen des deutschen Sozialversicherungswesens auf die Ökonomie zu geißeln. Wirtschaftsverbände und –institute klagen seit Jahren darüber, dass zum Lohn jedes Arbeitnehmers noch einmal 70-80 % (Till 2005; Böge 2007: S12; Bauer & Hayessen 2006: 93), bisweilen sogar bis zu 90 % (Lachmann o.J.) an Sozialabgaben »hinzukämen«. Dies bedeute zum einen erhebliche Einschnitte für die MitarbeiterInnen, denn »von den Arbeitskosten kommen mit 48 Prozent hierzulande weniger als die Hälfte als Nettolohn auf dem Konto des Mitarbeiters an – nur Belgien und Ungarn haben höhere Abzüge« - zumindest »bei einem durchschnittlich verdienenden Single« (IW 2010).

Diese von Arbeitgeberseite jahrelang erfolgreich verkündeten Thesen haben dazu geführt, dass auch SozialpolitikerInnen häufig davon ausgehen, auf Löhnen und Gehältern lasteten ganz erhebliche Zusatzkosten. Solche Zahlen kommen durch recht merkwürdige Berechnungen zu Stande, die echte Lohnbestandteile als Zusatzkosten umdefiniert und teilweise Daten zu Grunde legt, die von denen des statistischen Bundesamts abweichen (Ehrenberg 1996: 140). Neben den Lohnnebenkostenberechnungen des Statistischen Bundesamts finden nämlich abweichende Konzepte der Personalkostenerhebungen Eingang in verschiedene Verlautbarungen und Veröffentlichungen (Schönwälder 1996: 29; Brück et al. 2004: 161).

Neoklassische ÖkonomInnen bejammern nicht nur die vermeintlich fatalen Folgen steigender Gesundheitsausgaben bzw. hoher Sozialabgaben auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit und daraus entstehende Standortgefährdungen. Sie verweisen auch auf die nationalökonomischen Konsequenzen steigender Krankenversicherungsbeiträge, denn diese »behindern im bestehenden System einen Abbau der Arbeitslosigkeit« und brächten auch »die Gefahr einer sinkenden Leistungsbereitschaft der Arbeitnehmer bei stagnierenden oder sinkenden Nettoeinkommen« mit sich (Oberender & Ruckdäschel 1999: 582).

»Die Sozialbeitragsquote in Deutschland ist zu hoch. Sozialbeiträge wirken wie eine Steuer auf den Faktor Arbeit; sie hemmen die Beschäftigungsentwicklung und das wirtschaftliche Wachstum. Sie müssen re-

duziert werden« meint auch der Sachverständigenrat für die Begutachtung Gesamtwirtschaftliche Entwicklung (SVR-W 2002: 223f). In herrschender Logik gelten die Beiträge zur GKV als Teil einer unaufhörlich steigenden Abgabenlast der Unternehmen und damit »der Wirtschaft«. Sie verteuerten den Faktor Arbeit, trieben damit die Kosten deutscher Produkte auf dem Weltmarkt in die Höhe und setzten die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland aufs Spiel. Hohe Sozialabgaben förderten unausweichlich die Arbeitslosigkeit, verminderten das Steueraufkommen und bremsten das Wirtschaftswachstum. Das gefährde schließlich auch den Sozialstaat und das GKV-System in stärkerem Maße als die vermeintlich zu seiner Rettung erforderlichen Kürzungen (vgl. Braun et al. 1999: 85).

Unter ÖkonomInnen beliebt ist der bloße Vergleich von absoluten Lohn- und Arbeitskosten, um die unausweichlich erscheinende darwinistische Logik des internationalen Wettbewerbs zu untermauern und Lohnverzicht bzw. Lohnsenkungen als vermeintlich alternativlose Chance zur Rettung der deutschen Volkswirtschaft zu fordern. Hauptursachen für das »Kostenhandicap« (Schröder 2010:17) und den angeblichen Wettbewerbsnachteil der deutschen Volkswirtschaft lägen in den »hohen Sozialkosten« (IW 2010) und der »ausufernden Lohnpolitik« (Sinn 2007: 57).

Der Essener Gesundheitsökonom Jürgen Wasem (2006) empfiehlt für kommende Gesundheitsreformen: »Hierbei sollte der Arbeitgeberbeitrag festgeschrieben werden. Sonst wird wie in den vergangenen 30 Jahren die Gesundheitspolitik weitgehend von der Lohnnebenkostendiskussion dominiert. Dass steigende Beiträge dann alleine zulasten der Versicherten gehen, ist eher zu verschmerzen als die kontinuierlichen Leistungsver schlechterungen, die andernfalls zur Vermeidung einer steigenden Arbeitgeberbelastung drohen«. Zwar sind erhebliche Zweifel an der Auffassung angebracht, Kostensteigerungen ausschließlich zu Lasten der Versicherten seien zu verschmerzen. Aus diesem Satz spricht aber vor allem ein bemerkenswerter Grad an Resignation in Bezug auf die Chancen, das Thema Lohn»neben«kosten von dem Thron zu stoßen, von dem aus es zurzeit gesundheitspolitische Debatten beherrscht.

Die landläufig als »Rürup-Kommission« bezeichnete Kommission zur Nachhaltigkeit in der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme sieht den wesentlichen Ansatz zur Rettung der deutschen Sozialsysteme in der Verringerung der »Lohnnebenkosten«: «Eine wesentliche Vorgabe für die Kommission ist es, die Abgabenlast auf den Faktor Arbeit einzuschränken, um die Wachstumschancen und Beschäftigungsmöglichkeiten der gesamten Volkswirtschaft nicht zu beeinträchtigen» (BMGS 2003: 146). Der Kommissionsbericht liefert zwar keinerlei Beleg dafür,

dass dies zur Nachhaltigkeit der Sozialsysteme beitragen könne, dafür aber die geradezu verwegene klingende Annahme, bis 2030 sei insgesamt ein Rückgang der »Lohnzusatzkosten« zu erwarten, da die dauerhaft sinkende Erwerbslosigkeit zu verminderten Beitragszahlungen für die Arbeitslosenversicherung führen würde (ibid.: 233).

Befunde

Der in der politischen Diskussion häufig anzutreffende Begriff »Lohnnebenkosten« entstammt einer Übereinkunft der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) von 1966, die das Statistische Bundesamt in sehr eigenwilliger Form übernommen hat (Schönwälder: 22f). Danach setzen sich die Arbeitskosten insgesamt aus einer Vielzahl unterschiedlicher Posten zusammen: Direktvergütungen, Vergütung arbeitsfreier Zeiten, Sonderzahlungen und Naturalleistungen sowie Aufwendungen für Wohnungsfürsorge, Arbeitgeberausgaben für soziale Sicherheit, für berufliche Aus- und Weiterbildung, Kosten für Belegschaftseinrichtungen und sonstige Aufwendungen des Arbeitgebers sowie zu seinen Lasten anfallende Steuern (Statistisches Bundesamt 2010b: 531; vgl. Reiners 2007: 19). Somit gehören praktisch alle Lohnkosten außer den Direktvergütungen zu den Lohnnebenkosten, also weit mehr als Sozialversicherungsabgaben.

Tab. 1: : *Sozialversicherungsbeiträge 2011*
(in % der Bruttoeinkommen bzw. der Bemessungsgrundlage)

Kostenart	insgesamt	Arbeitgeberanteil	Arbeitnehmeranteil
	19,90	9,95	9,95
Rentenversicherung			
Krankenversicherung:	15,50	7,30	8,20
Allgemeiner einheitlicher Beitragssatz	14,90	7,00	7,90
Ermäßigter einheitlicher Beitragssatz	unbegr.	-	unbegr.
Zusatzbeitrag	3,00	1,50	1,50
Arbeitslosenversicherung	1,95	0,975	0,975
Pflegeversicherung	2,20	0,975	1,225
Erhöhter Pflegeversicherungsbeitrag für Kinderlose ab 23 Jahre	19,90	9,95	9,95

Quelle: Espy 2010

Da der Bruttolohn bereits zahlreiche Bestandteile der Personalkosten wie Urlaubsgeld, bezahlte Feiertage, 13. Monatsgehalt und andere Gratifikationen enthält, fallen die Personalnebenkosten zudem nicht in vollem Umfange, sondern nur gut zur Hälfte zusätzlich zum gezahlten Bruttolohn an (SVR-G 1996: 18f). Entscheidend für die internationale Wettbewerbsfähigkeit eines Unternehmens und einer Volkswirtschaft ist ohnehin nicht die Zusammensetzung der Löhne aus direkter Entlohnung und Lohn»neben«kosten, sondern die Gesamtheit der Löhne im Verhältnis zur Produktivität (Schönwälder 1996: 31). Wichtigste Größe für die Bewertung der Leistungs- und damit auch der Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft ist auch gar nicht die Höhe der Arbeitseinkommen, sondern das Verhältnis zwischen Löhnen und Produktivität, das man üblicherweise an Hand der Lohnstückkosten erfasst, dem Quotienten aus Arbeitskosten pro Beschäftigtem und Produktionsleistung je Beschäftigungsstunde (ebd.: 32; vgl. auch ECT 2010: 3). Das ist die einzige aussagekräftige Messgröße für die Entwicklung der Arbeitskosten, denn sie erfasst wesentlich besser die internationale Konkurrenzfähigkeit einer Volkswirtschaft als Lohn- oder Lohnnebenkosten.

Letztlich sind »Lohnnebenkosten« und Lohn»zusatz«kosten Falschwörter: Sie sind aus ökonomischer Sicht unsinnig und ihre Verwendung suggeriert, es handele sich um zusätzliche, im Grunde verzichtbare bzw. nicht legitimierte Ausgaben, die zum »eentlichen« Lohn hinzukämen und deren Wegfall oder Reduzierung die Arbeits- und Lohnkosten verbilligen sowie damit die Produktivität erhöhen würde (vgl. Schönwälder 1996: 23).

Einer genaueren Betrachtung bedarf auch die gängige These, Lohnnebenkosten und insbesondere die hohen Krankenkassenbeiträge seien eine wesentliche Ursache für die anhaltende Arbeitslosigkeit in diesem Land. Nach wirtschaftswissenschaftlicher Theorie von Angebot und Nachfrage soll eine Senkung der Lohn(neben)kosten zu einer erhöhten Nachfrage nach Arbeitskräften und in der erweiterten Definition, also unter Einbeziehung der Arbeitnehmer-Beiträge zur Sozialversicherung, zusätzlich zu einer Erhöhung der frei verfügbaren Nettolöhne der Arbeitnehmer führen. Entsprechend sollen Einsparungen in der Gesundheitsversorgung die Sozialabgaben und damit die Arbeitskosten senken, um Impulse für wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung zu liefern. Allerdings führt eine Senkung der Arbeits- bzw. Lohnnebenkosten keineswegs so automatisch zur Zunahme der Beschäftigung oder gar zu einer Belebung der Konjunktur, wie vielfach unterstellt. Schließlich sind die Beiträge von ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen z. B. als Ausgaben im Gesundheitsbereich, in der Pflege oder als Konsumaus-

gaben der Rentner nachfrageseitig wirksam. Wenn sie mit einer Reduzierung der Sozialleistungen für Renten-, Kranken-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung und insbesondere der Sozialtransfers einhergeht, wie das in Deutschland der Fall ist, kann eine Senkung der Lohnnebenkosten sogar die gesamtwirtschaftliche Nachfrage bremsen.

Berechnungen aus Deutschland

Trotz langjähriger Verwendung des Begriffs Lohn»neben«kosten und unaufhörlicher Forderung nach Mäßigung und Zügelung des Sozialstaats können die dahinter stehenden Konzepte nicht überzeugen und schwerlich einer Überprüfung standhalten. Zunächst einmal hängt die Wettbewerbsfähigkeit eines Unternehmens von weit mehr Faktoren ab als von den anfallenden Lohnkosten. Die Qualität der Produkte, Zuverlässigkeit von Belieferung und Wartung, angebotene Optionen und nicht zuletzt Wechselkurse beeinflussen die internationale Wettbewerbsfähigkeit in erheblich größerem Umfang.⁴ Zugleich spielen die so genannten Neben- oder Zusatzkosten auch unternehmens- und tarifpolitisch keine Rolle, denn »Bei Tarifverhandlungen wird über die gesamten Lohnkosten verhandelt. Wenn die Sozialversicherungsbeiträge steigen, werden Arbeitgeber versuchen, die ausgezahlten Direktlöhne weniger steigen zu lassen« (Breyer et al. 2001: 41; vgl. auch Hartz 1928: 51f). Angesichts dieser Komplexität stellt die alles beherrschende Thematisierung der Lohn- und insbesondere der Lohn»neben«kosten eine bemerkenswerte Verkürzung der Debatte dar (vgl. Braun et al. 1999: 96).

Tab. 2: Einzelposten der Lohnnebenkosten

Kostenart	Euro	%
Entgelt für geleistete Arbeit	24.557	56,7
Personalnebenkosten insgesamt	18.773	43,3
Sonderzahlungen	3.389	7,8
Vergütung arbeitsfreier Tage	5.494	12,7
Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen	8.210	18,9
darunter: Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung	6.676	15,4
darunter: Arbeitgeberbeiträge zur Krankenversicherung	1.950	4,5
Sonstige Personalnebenkosten	1.680	3,9
Arbeitskosten insgesamt	43.329	100

Quelle: Bundesärztekammer 2006: 4

Doch damit nicht genug. Die Berechnung der vorrangig unter dem Begriff »Lohnnebenkosten« diskutierten Sozialabgaben und insbesondere der GKV-Beiträge zeigt überraschende Ergebnisse. Der Arbeitgeberanteil für Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung zusammen beläuft sich nämlich auf nicht mehr als 15-16 % der gesamten Arbeitskosten. Die Relation der Sozialversicherungsabgaben zu den Gesamtkosten der Arbeit unterscheidet sich naturgemäß von der Größe, die arbeitgebernahe ExpertInnen bevorzugen - dem Abgabenanteil an den bloßen Lohnkosten -, der etwa doppelt so hoch ausfällt. Selbst in personalintensiven Betrieben schlagen die Sozialabgaben bei Weitem nicht so zu Buche wie allgemein behauptet. Die Handwerkskammern in Bayern veranschlagten im Jahr 2003 die Kosten für eine Handwerkerstunde auf 43,47 €, wovon gerade 4,70 € bzw. 5,9 % auf Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung entfielen (Steffen 2006).

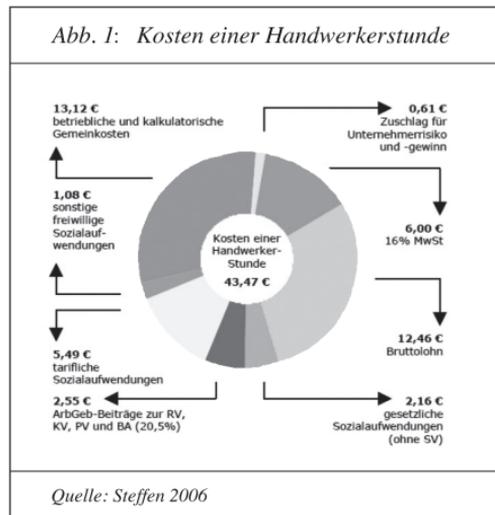
Abweichend von gängiger Darstellung und öffentlicher Wahrnehmung machen nämlich Urlaubsgeld, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Aus- und Weiterbildung, Zuschüsse für Mutterschaftsgeld und andere tarifliche Vereinbarungen nahezu zwei Drittel und damit den Löwenanteil der Lohnnebenkosten aus. Abgesehen von den gesetzlichen Verpflichtungen schließen ArbeitgeberInnen einen großen Teil der entsprechenden Vereinbarungen freiwillig bzw. im Rahmen allgemeingültiger Tarifverträge mit ihren Beschäftigten ab. Kürzungen und Einschnitte an dieser Stelle versprechen ein weitaus größeres Einsparpotenzial für Unternehmen, sind aber offenbar weniger beliebt und deutlich unangenehmer, als vom Staat die Senkung der Lohnnebenkosten zu fordern.

Eine bereits in den 1990er Jahren angefertigte Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin ergab, dass die Veränderung des Beitragssatzes zur Sozialversicherung um einen Prozentpunkt branchenabhängig die Arbeitskosten um 0,38 bis 0,42 Prozent erhöhen bzw. senken würde (SVR-G 1996: 47f). Der Effekt einer nicht unerheblichen Beitragssatzänderung hat somit keine Auswirkungen auf die Arbeitskosten, die Markt-, Produktions- oder Investitionsentscheidungen beeinflussen würden. Simulationsrechnungen erbrachten sogar Hinweise auf die eher mutige These, dass steigende Beitragssätze der GKV aufgrund der hohen Personalintensität des Gesundheitswesens einen positiven Nettobeschäftigungseffekt entfalten könnten. Eine Beitragssatzsteigerung um einen Prozentpunkt brächte demnach modellrechnerisch einen gesamtwirtschaftlichen Nettoeffekt von 95.000 zusätzlichen Arbeitsstellen (ebd.). Und in seinem Jahresgutachten 2003 stellte der Sachverständigenrat zur Begutachtung des Gesundheitswesens fest, der postulierte negative Effekt der Sozialbeiträge auf Beschäftigtenrate und Wirtschaftswachstum entbehre jeder Evidenz

(SVR-G 2003: 44). Auch ökonometrische Berechnungen zeigen keinen nennenswerten Zusammenhang zwischen Sozialabgaben und der Beschäftigungs- und Wirtschaftsentwicklung (Riphahn & Bauer 1998: 15f; Breyer et al. 2001: 41, 44, 47ff; Ecker et al. 2003: 177ff).

Auch die Wahrnehmung unaufhaltsam steigender Arbeitgeberbelastungen durch Sozialversicherungsausgaben bedarf einer kritischen Überprüfung. Zwar zahlten ArbeitgeberInnen im produzierenden Gewerbe und im gesamten Dienstleistungsbereich im zweiten Quartal 2008 pro Arbeitsstunde kalenderbereinigt 1,1 % mehr als im entsprechenden Vorjahresquartal. Dabei entwickelten sich die beiden Hauptkomponenten der Arbeitskosten allerdings unterschiedlich: Die Bruttolöhne und -gehälter stiegen um 1,6 %. Dämpfend wirkte dagegen das Absinken der Lohnnebenkosten um 0,3 %. Hier spiegelt sich vor allem der zum 1. Januar 2008 von 2,10 % auf 1,65 % gesenkte Arbeitgeber-Beitragsatz zur Arbeitslosenversicherung wider. Im Vergleich zum Vorquartal blieben die Arbeitskosten saison- und kalenderbereinigt insgesamt unverändert (-0,0 %)

Bei den bereits erwähnten Kosten einer Handwerkerstunde von 43,47 Euro entfielen nur 4,71 Euro oder 10,8 % auf Sozialabgaben. Senkte man die Sozialversicherungsbeiträge beispielsweise um drei Prozentpunkte, würde dies die Kosten einer Handwerkerstunde um knapp 40 Cent senken. Die Verringerung der Lohnkosten wäre irrelevant und davon schwerlich ein spürbarer Anstieg der Nachfrage nach Handwerkerleistungen zu erwarten. Die Anhebung der Mehrwertsteuer, die immer wieder als Mittel zur Gegenfinanzierung verringerter Sozialabgaben durch Gesundheitsreformdebatten geistert, um ebenfalls drei Prozentpunkte von 16 auf 19 % ab Anfang 2007 verteuerte die Handwerkerstunde hingegen um 1,24 € Euro und damit um mehr als das Dreifache dessen, was sich durch eine entsprechende Reduzierung der Sozialabgaben einsparen ließe.



Eine Verlagerung der Sozialabgaben auf indirekte Steuern erweist sich angesichts dieser Effekte als ziemlich absurd und wirkt eher als echte Konjunkturbremse oder bestenfalls als volkswirtschaftliches Nullsummenspiel. Was aber Arbeitgeberfunktionäre wie Alexander Gunkel, den Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), nicht davon abhält, Gegenteiliges zu behaupten: »Für die Beschäftigung, die Kaufkraftentwicklung und die Situation von Geringverdienern bringt die Abgabensenkung mehr« (Helmling 2008). Inwiefern gerade GeringverdienerInnen von einer Umfinanzierung in Form höherer Mehrwertsteuern und geringerer Sozialversicherungsbeiträge profitieren, bleibt das Geheimnis des BDA. Gewinner wären aber in jedem Falle ArbeitgeberInnen und private FinanzdienstleisterInnen wie Versicherungen, Banken und Fondsgesellschaften (Steffen 2006).

Aussagekräftig ist auch die Berechnung der Effekte früherer Beitragssteigerungen auf die Arbeitskosten im arbeitskraftintensiven Handwerk. In den vergangenen 25 Jahren sind die GKV-Beitragsätze von 11,8 im Jahr 1985 auf aktuell 15,5 % des Bruttoeinkommens und die Arbeitgeberbeiträge um 1,4 Prozentpunkte von 5,9 auf 7,3 % gestiegen. Umgerechnet auf die Kosten einer Handwerkerstunde bedeutet dieser über ein Vierteljahrhundert erfolgte Beitragszuwachs eine Verteuerung um 18,2 Cent. Selbst eine Senkung der Sozialabgaben um 3,5 Prozentpunkte, wie sie seit 2006 schrittweise durch Verringerung der Beitragssätze zur Arbeitslosenversicherung von 6,5 auf aktuell 3,0 % erfolgte, verringerte die Kosten einer Handwerkerstunde folglich nicht einmal um 44 Cent.

Allein die Aufschlüsselung der Lohn- und Arbeitskosten und ihrer realen Auswirkungen auf Kosten und Preise lässt die Gefährdung des Wirtschaftsstandortes Deutschland durch angeblich zu hohe Lohn»neben«kosten erheblich schrumpfen. Doch damit nicht genug. Um die wirkliche Bedeutung der Arbeitgeberbeiträge zur Sozial- und insbesondere zur Krankenversicherung erfassen zu können, ist eine weitere Produktionskennzahl hochindustrialisierter Volkswirtschaften wie der deutschen zu berücksichtigen. Selbst in der verarbeitenden Industrie machen die Lohnkosten nur ein Fünftel bis maximal ein Viertel der gesamten Produktionskosten aus. Der Arbeitgeberbeitrag zum sozialen Sicherungssystem aus Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung beläuft sich wiederum auf 13-15 % der gesamten Arbeitskosten. Bei großzügiger Schätzung liegt der Anteil der gesamten Sozialversicherungsabgaben branchenabhängig wiederum bei vier bis sechs Prozent der Produktionskosten. Insgesamt belaufen sich die Arbeitgeberanteile an den GKV-Beiträgen also gerade auf 1-2 % gesamten Herstellungskosten – weit weniger als üblicherweise angenommen.

Dieser Ausgabenposten, der selbst bei Handwerksbetrieben vergleichsweise sehr gering ist, spielt für die Wettbewerbsfähigkeit übrigens nur dann eine Rolle, wenn sie ihre Leistungen auf dem Weltmarkt verkaufen, denn im Inland treffen die Sozialabgaben alle Unternehmen gleichermaßen. In den exportorientierten Wirtschaftszweigen machen die Arbeitgeberbeiträge zur GKV aber nicht einmal fünf Prozent der gesamten Arbeitskosten aus, die in der Industrie kontinuierlich abnehmen und zurzeit nur noch rund 20 % der Gesamtkosten verursachen. Insgesamt schlägt dieser Kostenfaktor bei den potenziell im internationalen Wettbewerb stehenden Unternehmen nur mit etwa einem Prozent zu Buche; im ebenfalls international agierenden Banken- und Kapitalgeschäft liegt er wegen des niedrigeren Lohnanteils an den Produktionskosten sogar deutlich niedriger.

Anders ausgedrückt: Gemessen an den Gesamtkosten eines exportfähigen Produktes made in Germany beläuft sich der Arbeitgeberanteil zur Krankenversicherung auf weniger als ein Prozent (vgl. ausführlich Braun et al. 1998: 96f; Niehoff & Braun 2010: 179 ff). Derart minimale und vernachlässigbare Auswirkungen auf die Endpreise am Weltmarkt und damit auf die Konkurrenzfähigkeit der exportorientierten deutschen Wirtschaft widerlegen die These wirtschaftschädlicher Sozialversicherungsbeiträge. Und sie verbieten jedwedes Herumdoktern an den GKV-Beitragsätzen aus arbeitsmarkt- und exportpolitischer Sicht. Denn so ungewiss die Folgen für die soziale, gesundheitliche und wirtschaftliche Lage der Bevölkerung sind, so sicher ist die völlige Wirkungslosigkeit der ausschließlichen Fixierung auf Beitragssatzstabilität.

Selbst massive Steigerungen der GKV-Beiträge, wie sie interessierte Kreise immer wieder als unvermeidliche Folge von Alterung und medizinischem Fortschritt und nicht zuletzt veränderter »Anspruchshaltung« der BürgerInnen dieses Landes prognostizieren, würden die Produktionskosten weltmarktgängiger Waren nur wenige Promille erhöhen und hätten allenfalls die Auswirkungen alltäglicher Wechselkursschwankungen auf die deutsche Exportwirtschaft. Entsprechend eindeutig ist die Schlussfolgerung der einzigen systematischen internationalen Vergleichsstudie über die Belastung deutscher Arbeitgeber durch gesundheitssystembedingte Kosten: «Die Arbeitgeberbelastung ist in Deutschland keineswegs höher als in anderen Ländern; weder gesamtwirtschaftlich noch in den betrachteten Branchen. Insofern entspricht die Diskussion über die absolute Belastungshöhe in Deutschland nicht der tatsächlichen Problemlage» (IGES & BASYS: 217).

Die gefürchteten Lohnnebenkosten verlieren den Rest ihrer angeblichen Schädlichkeit, wenn man sie nicht von vornherein auf pure Aus-

gaben beschränkt. Allzu leichtfertig übersehen vor allem ÖkonomInnen, aber auch andere Fachleute und Interessierte, dass soziale Sicherheit kein Selbstzweck ist und ihren Preis hat, wenn sie ihrer Funktion tatsächlich nachkommen will, die Menschen gegen soziale Risiken abzusichern. »Je höher der Standard der sozialen Sicherheit ist, desto mehr kostet das. Nicht zu vergessen ist allerdings, dass soziale Unsicherheit ebenfalls kostet: Verelendung, Verwahrlosung und Kriminalität bewirken höhere Polizei- und Justizkosten, hinzukommen die Folgeschäden auf die traumatisierten Opfer. Dieses Modell – weniger soziale Sicherheit, dafür mehr Kriminalität – ist aus den USA hinlänglich bekannt« (Huoncker 2000: 17).

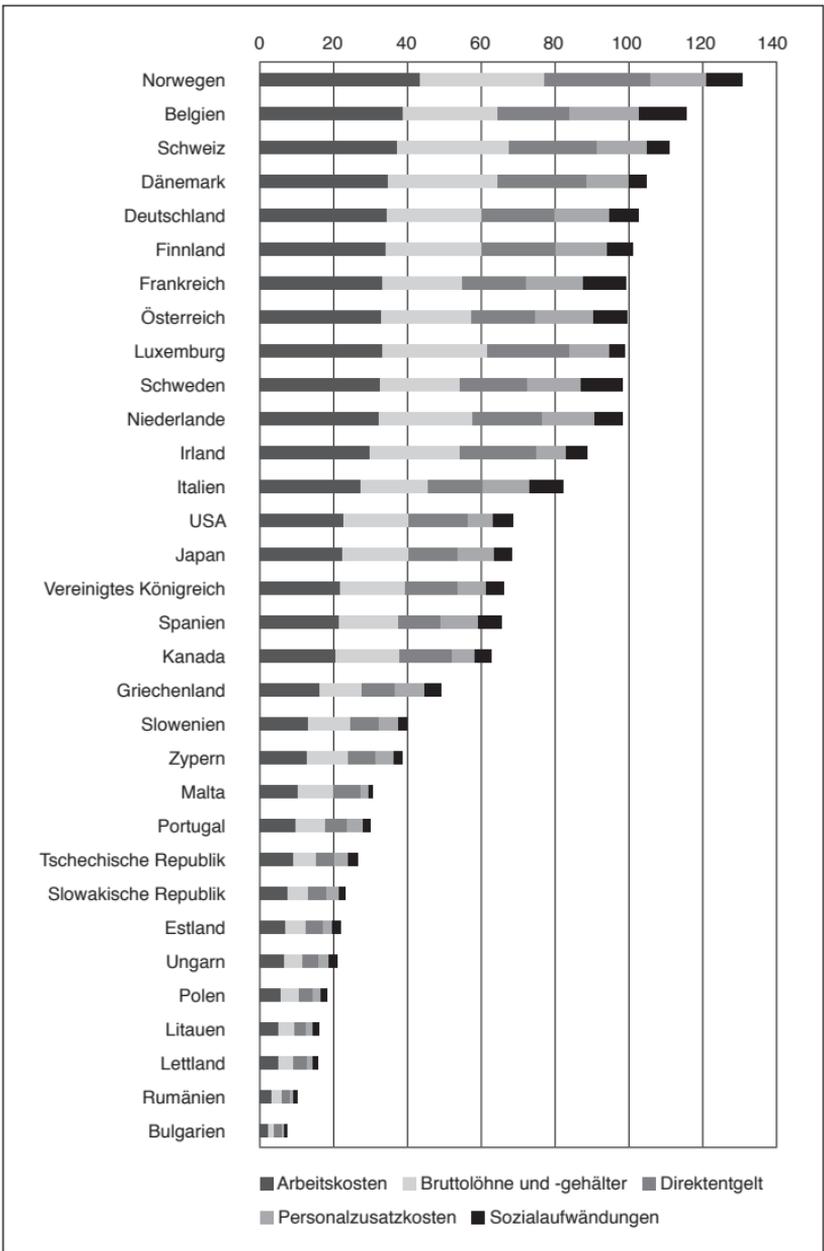
Lohnnebenkosten im internationalen Vergleich

Der allseits gefühlte Anstieg der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung im Verhältnis zu den gesamten Arbeitskosten in Deutschland lässt sich auch im internationalen Vergleich nicht belegen; vielmehr war in den letzten Jahren insgesamt eher eine leicht sinkende Tendenz von 23,1 % im Jahr 1997 auf 22,9 % im Jahr 2007 zu beobachten (Eurostat 2011).⁵ Allen anders lautenden Behauptungen zum Trotz liefern auch die Daten des Statistischen Bundesamts keine belastbaren Hinweise für einen bedrohlichen Anstieg der Arbeitskosten. Eine Stunde Arbeit verteuerte sich in Deutschland gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres bloß um 2,1 %, womit Deutschland nach Malta (2,0 %) und vor Schweden (2,2 %), Frankreich (2,5 %) und Luxemburg (2,7 %) die zweitniedrigste Steigerungsrate innerhalb der Europäischen Union aufwies (Destatis 2008). Im Folgejahr stieg der Preis für eine Arbeitsstunde in der Privatwirtschaft sogar nur um 1,7 % gegenüber dem Vorjahr, und im Vergleich zu 1999 belief sich der Anstieg 2009 auf insgesamt 17 %. EU-weit war der durchschnittliche Anstieg mit 4,3 % deutlich höher als in Deutschland (Destatis 2011).

Bei den Lohnnebenkosten brachten deutsche ArbeitgeberInnen im Jahr 2009 pro 100 Euro Bruttolohn und -gehalt Ausgaben in Höhe von 32 Euro für gesetzliche, tarifliche und freiwillige Leistungen auf. Damit lag Deutschland auf Rang 13 innerhalb der Europäischen Union, unter dem europäischen Durchschnitt von 36 Euro und deutlich hinter Frankreich, Schweden, Belgien, Italien, Österreich und etlichen anderen EU-Mitgliedsstaaten (Destatis 2010b). Die Lohnnebenkosten der wichtigsten Handelspartner Deutschlands innerhalb der EU sowie in Norwegen und der Schweiz waren höher; die von zwei weiteren lagen nur unerheblich darunter (s.u.).

Zusätzlich muss man beim Ländervergleich die Steuerausgaben für

Abb. 2: Arbeitskosten im internationalen Vergleich 2009



Quelle: Schröder 2010: 8

Tab. 3: Lohnnebenkosten in der EU

Mitgliedstaaten der Europäischen Union	Lohnnebenkosten pro 100 € Bruttolohn (in €)
Europäische Union (EU 27)	36
Frankreich	50
Schweden	49
Belgien	46
Italien	46 2)
Litauen	42
Ungarn	40
Griechenland	40
Österreich	40
Estland	38
Spanien	38
Tschechische Republik	37
Slowakei	34
Rumänien	33
Deutschland	32
Niederlande	30
Portugal	29
Lettland	29
Vereinigtes Königreich	27
Finnland	27
Polen	26
Bulgarien	23
Dänemark	22
Zypern	19
Luxemburg	18
Slowenien	18
Malta	9

Quelle: Statistisches Bundesamt 2010b: 4

Chile auf, die sich allesamt durch niedrige Lohn- und Lohnnebenkosten auszeichnen und daher den OECD-Durchschnitt nach unten drücken.⁶ Auch in der EU kamen mit den Erweiterungen am 1. Mai 2004 und 1. Januar 2007 ausschließlich weniger wohlhabende Länder mit teilweise zumindest in der Anfangsphase unzureichend entwickelten Sozialsystemen hinzu, die ebenfalls den Durchschnittswert der Lohn- und Lohnnebenkosten deutlich senkten. Nichtsdestoweniger liegt die deutsche Quote nach Berechnungen der OECD auch in jüngeren Jahren nur uner-

die Gesundheitsversorgung und andere öffentlich finanzierte soziale Dienste berücksichtigen. Für internationale Standortvergleiche sind nicht die Sozialabgaben allein entscheidend, sondern die Summe von Sozialbeiträgen und Steuern (vgl. Grözinger 2007: 30f). Die Abgabenquote lag in Deutschland lange Zeit praktisch auf dem Durchschnittsniveau der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und zumindest bis zu deren letzten Erweiterung um zwei Prozentpunkte unter dem Niveau der Europäischen Union. Nachdem 1994 Mexiko der OECD beigetreten war, nahm sie ab Mitte der 1990er Jahre ehemalige Ostblockländer wie Polen, Tschechien, Ungarn und die Slowakei sowie zuletzt

Tab. 4: Abgabenquoten
Abgaben (Steuern und Sozialversicherungsbeiträge)¹ in % des BIP

Land	Durchschnitt 2005-2010*	2002	2004	2006	2008	2010*	2011*	2012*
	Abgaben (Steuern + Sozialversicherungsbeiträge) in % des BIP							
Belgien	44,0	45,1	44,7	44,3	44,2	43,4	43,4	43,4
Deutschland	39,4	39,9	39,1	39,4	39,7	38,8	38,8	38,6
Estland	32,5	31,0	31,3	30,7	32,1	34,5	33,5	32,7
Finnland	43,4	44,9	43,7	44,0	43,3	42,9	43,5	44,1
Frankreich	42,8	43,1	43,2	43,9	42,9	41,9	43,0	43,3
Griechenland	31,5	33,7	31,3	31,4	31,6	31,6	33,7	33,7
Irland	30,0	28,4	30,2	32,2	29,7	28,1	28,5	28,9
Italien	42,4	40,9	40,6	42,0	42,9	42,4	42,1	42,2
Luxemburg	36,4	39,3	37,4	35,9	35,4	36,9	37,2	37,2
Malta	34,1	31,5	32,8	33,5	34,3	33,8	34,0	34,0
Niederlande	38,5	37,7	37,5	39,0	39,1	38,3	39,4	39,3
Österreich	42,4	44,0	43,4	41,9	42,7	42,4	42,7	42,9
Portugal	32,0	31,5	30,6	32,3	32,8	31,7	32,9	32,7
Slowakei	29,2	33,0	31,5	29,3	29,3	27,4	28,0	27,7
Slowenien	37,9	38,0	38,3	38,3	37,2	37,6	37,6	37,6
Spanien	34,2	33,9	34,5	36,4	33,2	32,2	32,8	33,1
Zypern	36,0	30,3	32,5	35,4	38,1	34,0	34,7	34,8
<i>Eurozone</i>	<i>39,7</i>	<i>39,9</i>	<i>39,5</i>	<i>40,2</i>	<i>39,8</i>	<i>39,2</i>	<i>39,6</i>	<i>39,7</i>
Bulgarien	31,5	30,0	33,3	31,9	32,5	28,2	28,2	28,1
Dänemark	48,5	47,9	49,1	49,7	48,1	45,3	45,3	45,5
Großbrit.	37,3	35,6	36,1	37,8	38,5	36,8	37,4	37,9
Lettland	28,8	28,3	28,5	30,4	29,1	27,1	26,2	25,2
Litauen	29,3	28,4	28,3	29,4	30,2	28,6	28,8	29,5
Polen	33,3	32,8	31,8	34,1	34,3	31,5	31,8	32,0
Rumänien	28,0	28,1	27,3	28,5	28,1	27,0	27,2	27,2
Schweden	47,3	47,7	48,3	48,5	46,6	45,3	45,0	45,0
Tschechien	36,0	34,9	37,5	36,7	35,5	35,0	34,9	34,7
Ungarn	38,8	37,8	37,4	37,3	40,0	38,5	36,7	34,8
<i>EU 15</i>	<i>39,3</i>	<i>39,2</i>	<i>39,1</i>	<i>39,9</i>	<i>39,5</i>	<i>38,7</i>	<i>39,1</i>	<i>39,2</i>

hebt über dem entsprechenden Durchschnittswert (OECD 2010: 19).

Aktuellere Werte und Prognosen zeigen darüber hinaus, dass die Abgabenquote in Deutschland ab 2010 wiederum unter den Durchschnittswerten nicht nur für EU 15 und die Eurozone, sondern auch für die gesamte EU liegen wird. Demnach nimmt Deutschland 2010 den neunten und 2011 bzw. 2012 den zehnten Rang in Europa ein. Große Sorge um den Standort Deutschland, der den Großteil seiner Exportwaren innerhalb der EU verkauft, rechtfertigen diese Zahlen nicht. Schließlich belief sich der Anteil der deutschen Ausfuhren

in die EU-Staaten am Gesamtwert der deutschen Exporte im Jahr 2009 trotz eines minimalen Rückgangs auf 62,9 %. Davon entfiel mit 35,7 % mehr als die Hälfte auf die fünf wichtigsten deutschen EU-Handelspartner Frankreich (F), Niederlande (NL), Großbritannien (GB), Italien (I) und Österreich (A) (Destatis 2010d). In drei dieser fünf Länder (A, F, I) liegt die Abgabenquote seit Jahren konstant über und in den beiden anderen (GB, NL) geringfügig unter der deutschen Vergleichszahl, wobei sich in den Niederlanden eine stärkere Zunahme abzeichnet und der Unterschied zu Großbritannien mit seinem steuerfinanzierten Gesundheitswesen und traditionell eher niedrigerer Abgabenquote tendenziell abnimmt (WKO 2010).

Betrachtet man zudem die Beteiligung der Unternehmen an der primären Finanzierung der Gesundheitsausgaben, dann zahlten die ArbeitgeberInnen in Frankreich und den Niederlanden beispielsweise im Jahr 2003 mehr als die Hälfte der Gesundheitsausgaben, während sie in Deutschland, Polen und den USA etwa 40 % und in der Schweiz und Großbritannien deutlich weniger als 40 % übernahmen. Stärker als die Arbeitgeberanteile an den Gesundheitsausgaben variierte die absolute jährliche Arbeitgeberbelastung pro Beschäftigtem zwischen 312 Euro in Polen und 4.256 € in den USA; die gesundheitsausgabenbedingte Pro-Kopf-Belastung der ArbeitgeberInnen lag in Deutschland bei 3.012 € und damit niedriger als in Frankreich (3.792 €) und den Niederlanden (3.474 €), aber deutlich höher als in der Schweiz (2.214 €) (IGES & BASYS: 177ff, 222).

Die Schweiz gilt als Hochlohnland mit geringen Lohnnebenkosten und daher als besonders attraktiv für unternehmerische Investitionen (ETC 2010: 4). Die Abgabenquote ist dort in den letzten Jahren regelmäßig etwa sieben Prozentpunkte niedriger als in Deutschland. Allerdings unterschätzt dieser Wert die Schweizer Gesundheitsausgaben, da er Transferleistungen für BezieherInnen geringer Einkommen nicht berücksichtigt. Der Beitrag zur Pflichtkrankenversicherung in der Schweiz ist gänzlich unabhängig vom Einkommen und von allen BürgerInnen als ohne Arbeitgeberbeteiligung Kopfpauschale aufzubringen. Es besteht eine Überforderungsklausel für BezieherInnen niedriger Einkommen. SchweizerInnen haben Anspruch auf einen »Prämienverbilligung« genannten Steuerzuschuss, wenn ihr Krankenkassenbeitrag 10 % des verfügbaren Einkommen übersteigt. 2010 beliefen sich die Gesamtausgaben für den Steuerzuschuss zur Krankenversicherung auf nahezu vier Milliarden Schweizer Franken (gut 3 Milliarden Euro) oder 2,9 % des BIP, was die Schweizer Abgabenquote auf etwa 32 % des BIP erhöht (SECO 2010; BAG 2009).⁷

Eine deutlich höhere Beitragslast zur Krankenversicherung nicht nur gegenüber der Schweiz, sondern auch im Vergleich zu Deutschland gilt für Unternehmen und Betriebe in Frankreich. Da der Krankenversicherungsbeitrag der ArbeitgeberInnen in der zweitgrößten EU-Volkswirtschaft bei 12,8 % der Löhne und Gehälter liegt, zahlen sie formal das 1,75-Fache ihrer deutschen KonkurrentInnen. Hinzu kommt, dass es in Frankreich seit der Einführung der dortigen Bürgerversicherung keine Beitragsbemessungsgrenze gibt, Arbeitseinkommen also in voller Höhe zur Finanzierung der Sozialbeiträge herangezogen sind. Zusätzlich beteiligen sich die Unternehmen in wechselndem Umfang an der Finanzierung der Mutuelles de Santé, also jener Zusatzversicherungen,

die Franzosen freiwillig bzw. unterhalb eines bestimmten Einkommens verpflichtend abschließen, um das knappe Drittel der Behandlungskosten abzusichern, das die gesetzliche Krankenversicherung nicht übernimmt (Sandler et al. 2004: 37, 42, 44f). Bereits eine oberflächliche Betrachtung des in Deutschland erstaunlich unbekanntes französischen Systems relativiert gründlich die These von den Wettbewerbsnachteilen deutscher Unternehmen durch die anteilige Finanzierung der GKV.

Dass obere Beitragsbemessungsgrenzen in der Sozialversicherung erheblichen Einfluss auf die Sozialabgaben haben, zeigt eine Berechnung des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO) über die Auswirkung einer 50-prozentigen Anhebung bzw. einer Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenze. Bei einer Erhöhung der oberen Bemessungsgrenze um 50 % würden sich die Lohnkosten einkommensabhängig zwischen 0,3 und 1,1 % und bei einer völligen Aufhebung um 0,3 bis maximal 1,6 % erhöhen, wobei die Belastung linear zur Einkommenshöhe steigen würde. Eine Erhöhung der Bemessungsgrenze um 50 % würde gleichzeitig eine generelle Beitragssatzsenkung um 0,5 Prozentpunkte von zurzeit 7,5 auf 7,0 %, eine völlige Aufhebung der Grenze sogar auf 6,6 % erlauben. Das wiederum würde die Lohnkosten für alle ArbeitnehmerInnen um 0,3–0,4 % senken, deren Einkommen maximal 10 % über der aktuellen Bemessungsgrenze liegt, und ließe die Mehrbelastung der Lohnkosten in den oberen Einkommensgruppen auf 0,3 bis maximal 0,8 % schrumpfen (Guger et al. 2006: 527ff).

Fazit

Die gebetsmühlenartig wiederholten Behauptungen, die Lohnnebenkosten gefährdeten den Wirtschaftsstandort, übergehen nicht nur geflissentlich die wichtige Produktionsgröße der Lohnstückkosten, bei der die Bundesrepublik Deutschland gut abschneidet und die meisten Länder hinter sich lässt. Vielmehr offenbaren sie eine sicher nicht unbeabsichtigte Überschätzung der Belastung der Betriebe durch unser Sozialsystem, die einer empirischen Überprüfung nicht Stand hält. Die fast täglich wiederholten Forderungen nach Senkung, Einfrieren oder gar Abschaffung des Arbeitgeberanteils an den Sozialversicherungsbeiträgen suggerieren einen völlig unrealistischen Effekt auf Produktionskosten, Arbeitslosigkeit und Exportchancen.

Selbst wenn man die Lohnnebenkosten als eigenständigen Wettbewerbsfaktor betrachtete, gibt es keine belastbaren empirischen Belege für die Behauptung, die Abgaben für den Sozialstaat schädigten den Standort Deutschland. Eine genauere Analyse vorliegender Zahlen und Daten

und geringe mathematische Kenntnisse liefern eher Anhaltspunkte dafür, dass es sich beim Mythos strangulierender Lohn»neben«kosten um einen Popanz handelt. Das Drohszenario einer zehnpromzentigen Erhöhung der Beitragssätze zur Gesetzlichen Krankenkasse, das manche ÖkonomInnen gerne zur Begründung für den propagierten Verzicht auf soziale Umverteilung anführt, entpuppt sich letztlich als Papiertiger. Sie würde die Produktionskosten der exportorientierten verarbeitenden Industrie im Durchschnitt nur um ein Promille steigern. Selbst bei Berücksichtigung der indirekten, in den übrigen Kosten enthaltenen Lohnanteile ist keine wirklich relevante Produktionskostensteigerung zu erwarten. Im Vergleich zu den Wirkungen der täglichen Wechselkursschwankungen des Euro im Verhältnis zum US-Dollar und anderen Währungen hätte eine massive Steigerung der Krankenkassenbeiträge nur geringe Auswirkungen auf die deutschen Exportchancen in jedem Fall.

Wider jede Evidenz weist die Lohn»neben«kosten-Debatte den gesetzlichen Sozialversicherungen Wettbewerbsschädigung für den Standort Deutschland und die Hauptschuld an der hohen Arbeitslosigkeit zu. Dahinter steht zweifellos die Vorstellung der von klaren Interessen geleiteten LobbyistInnen und PropagandistInnen zu hoher Lohn- und «Lohnnebenkosten», den Sozialstaat einfacher stützen zu können. Kaum verhohlenes Ziel ist es dabei, gesellschaftliche Aufgaben und Kosten zu privatisieren und den Acker für private AnbieterInnen und ihre Produkte zu bereiten. Die Zeche zahlen vor allem diejenigen, die keine Kapitaleinkünfte haben und für privat organisierte soziale Sicherungssysteme unlukrativ sind, also ArbeitnehmerInnen mit mittleren und niedrigen Einkommen, RentnerInnen und Arbeitslose.

Korrespondenzadresse:

Dr. Dr. Jens Holst
International Consultant
Heimstraße 3
10965 Berlin
mail@jens-holst.de

Anmerkungen

- 1 Aktuellste erhältliche Daten der National Health Accounts der Weltgesundheitsorganisation für 2009 (WHO 2011).
- 2 Nur alte Bundesländer; Beitragssatz damals 8,24 %.
- 3 So gibt es beispielsweise in der französischen sozialen Krankenversicherung keine obere Beitragbemessungsgrenze; und neben Chile ist Deutschland das

- einziges Land mit Versicherungspflicht und Absicherung praktisch der gesamten Bevölkerung, in dem die BürgerInnen aus der öffentlichen Kasse ausscheren und eine private Vollversicherung abschließen können.
- 4 Zur Bedeutung von Wechselkurseffekten auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit siehe auch Lindlar & Scheremet 1999: 749.
 - 5 Die Arbeitskosten umfassen die Ausgaben, die dem Arbeitgeber bei der Beschäftigung von Arbeitnehmern entstehen. Sie enthalten das Arbeitnehmerentgelt (Löhne und Gehälter, in Form von Geldleistungen und Naturalleistungen, Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung), die Kosten der beruflichen Weiterbildung, sowie sonstige Ausgaben wie Einstellungskosten, Ausgaben für Arbeitskleidung und, mit den Arbeitskosten in Zusammenhang stehenden, Steuern abzüglich der Zuschüsse zugunsten des Arbeitgebers.
 - 6 Insbesondere Chile zeichnet sich durch niedrige Sozialabgaben aus, seitdem die radikalen Reformer des Pinochet-Regimes den Arbeitgeberanteil an der Renten- und Krankenversicherung gänzlich abschafften.
 - 7 Bei einem BIP von 138.326.600.000 CHF im Jahr 2010 machen 4 Milliarden CHF 2,89 % aus.

Literatur

- Bauer, Jürgen; Hayessen, Egbert (2006): Controlling für Industrieunternehmen: Kompakt und IT-unterstützt – Mit SAP-Fallstudie. Kapitel 5: Kostenrechnung und Kostenmanagement: 81-117. Wiesbaden: Vieweg & Sohn Verlag (<http://www.springerlink.com/content/n87212211653p0p2/fulltext.pdf>).
- Böge, Alfred (Hrsg.) (2007): Vieweg Handbuch Maschinenbau. Grundlagen und Anwendungen der Maschinenbautechnik. Kapitel S – Betriebswirtschaft, Industrielle Kosten- und Wirtschaftlichkeitsrechnung. 18. überarbeitete und erweiterte Auflage, Wiesbaden: Vieweg & Sohn Verlag (<http://www.springerlink.com/content/v4554016q4j03526/fulltext.pdf>).
- Breyer, Friedrich; Grabka, Markus; Jacobs, Klaus; Meinhardt, Volker; Ryll, Andreas; Schulz, Erika; Spieß, Catharina; Wagner, Gert (2001): Wirtschaftliche Aspekte der Märkte von Gesundheitsleistungen. Ökonomische Chancen unter sich verändernden demographischen und wettbewerblichen Bedingungen in der europäischen Union. DIW-Gutachten, Endbericht, 29. 10. 2001. Berlin: DIW (http://www.medtech-pharma.de/userdir/cms/docs/Studien/Gesundheitsmarkt_DIW.pdf).
- Braun, Bernard, Kühn, Hagen; Reiners, Hartmut (1999): Das Märchen von der Kostenexplosion. 3- Aufl., Frankfurt am Main: Fischer (<http://www.forum-gesundheitspolitik.de/dossier/PDF/MaerchenKostenexplosion.pdf>).
- Brück, Tilman; Uhlendorff, Arne; Woweries, Malte (2004): Lohnkosten im internationalen Vergleich. Wochenbericht 14/04, Berlin: DIW (<http://www.diw.de/sixcms/detail.php/284285#HDR0>; http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.92597.de/04-14-1.pdf).
- Bundesamt für Gesundheit (BAG) (2009): Prämienverbilligung in der Krankenversicherung: Aufteilung der Bundesbeiträge 2010 auf die Kantone. Bern: BAG (<http://www.admin.ch/ch/d/ff/2010/8379.pdf>; <http://www.bag.admin.ch/themen/krankenversicherung/00261/11461/index.html?lang=de>).

- Bundesärztekammer (2006): Die Lohnnebenkostenlüge. Pressestelle der BÄK: Berlin: Bundesärztekammer (http://www.bundesaerztekammer.de/downloads/lohnnebenkost_endg.pdf).
- Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (2003): Nachhaltigkeit in der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme. Bericht der Kommission. Berlin: BMG ([http://infomed.mds-ev.de/sindbad.nsf/de083cd4fce51312c12571e700442befed702a4fc25bb00200256d94003e84d7/\\$FILE/RUERUP_Bericht.pdf](http://infomed.mds-ev.de/sindbad.nsf/de083cd4fce51312c12571e700442befed702a4fc25bb00200256d94003e84d7/$FILE/RUERUP_Bericht.pdf)).
- Bundeszentrale für politische Bildung (bbp) (2011): Lohnnebenkosten: Der "künstliche Sparzwang": Die Lohnnebenkosten dominieren die Gesundheitspolitik. Wissensnetz: Gesundheitspolitik. Bonn: bbp (http://www.bbp.de/themen/WZDR71,0_Gesundheitspolitik_Lernobjekt.html?lt=AAA397&guid=AAA302).
- Deutscher Bundestag (1993): Bericht der Bundesregierung zur Zukunftssicherung des Standortes Deutschland. Bundestagsdrucksache, Heft 12/5620. Bonn: Deutscher Bundestag (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/12/056/1205620.pdf>).
- Ecker, Thomas; Häusler, Bertram; Schneider, Markus (2004): Belastung der Arbeitgeber in Deutschland durch gesundheitssystembedingte Kosten im internationalen Vergleich. Berlin/Augsburg: IGES/ BASYS (<http://www.forum-gesundheitspolitik.de/artikel/artikel.pl?artikel=0105>; http://www.iges.de/e1788/e1818/index_ger.html?op=search&searchform=0&raw=Arbeitgeber+Belastung).
- Ehrenberg, Herbert (1996): Fakten und Legenden um die Abgabenbelastung der deutschen Wirtschaft. Sozialer Fortschritt 45, 6: 139-141.
- Espey, Robert (2010): Lohn- und Lohnnebenkosten Deutschland. Bonn: German Trade and Invest für Außenwirtschaft und Standortmarketing (<https://www.gtai.de/DE/Navigation/Metanavigation/Suche/sucheUebergreifendGT.html>).
- Eurostat (2011): Datenbanken. Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung. % Anteil an den Gesamtarbeitskosten. (tps00114). Luxemburg: Eurostat (<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=de&pcode=tps00114&plugin=1>).
- Excellent Tax and Corporation Management (ETC) (2010): Betriebsstätte Ausland -- Firmengründungen. Internationale Steuergestaltung: Firmengründung im Ausland -- Lohnnebenkosten. London: Netzwerk internationaler Steuerberater und Rechtsanwälte (ETC) (<http://www.etc-lowtax.net/lohn.htm>).
- Grözinger, Gerd (2007): Hochsteuerland Deutschland? Langlebiger Mythos, problematische Folgen. Intervention -- Zeitschrift für Ökonomie 4, 1: 28-39 (http://www.journal-intervention.org/seiten/deutsch/download/Groezinger_Hochsteuerland_Deutschland_Intervention_Jg_4_Nr_1_2007.pdf).
- Guger, Alois; Marterbauer, Markus; Walterskirchen, Ewald (2006): Finanzierung des öffentlichen Gesundheitswesens. Monatsberichte 7/2006: 523-546. Wien: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) ([http://www.wifo.ac.at/www/downloadController/displayDbDoc.htm?item=MB_2006_07_04_GESUNDHEITSSYSTEM\\$.PDF](http://www.wifo.ac.at/www/downloadController/displayDbDoc.htm?item=MB_2006_07_04_GESUNDHEITSSYSTEM$.PDF)).
- Hartz, Gustav (1928): Irrwege der deutschen Sozialpolitik und der Weg zur sozialen Freiheit. Berlin: August Scherl G.m.b.H.
- Helming, Ruth (2008): Lohnkosten: 1000 halb legale Tricks. Die Zeit 29.05.2008, Nr. 23 (<http://www.zeit.de/2008/23/Lohnnebenkosten>).
- Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) (2006): Auswertung des 10. Professoren-Panels zur Leitfrage: „Wie wird das Krankenversicherungssystem wieder zukunftssicher? ISNM, Köln (<http://www.insm.de/dms/insm/textdokumente/pdf/>

- untitled/10--Professoren-Panel/ProfessorenPanel10_Ergebnisse.pdf).
- Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) (2004): Sozialversicherung: Der Jobblocker. Anlage zu: Direkt 30 (46), Presseinformationen aus dem Institut der Deutschen Wirtschaft, Köln (http://www.presseportal.de/showbin.htx?id=31244&type=document&action=download&attname=Direkt_46.pdf).
- Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) (2010): Kein Anlass für Entwarnung. IW-Nachrichten 31.3.2010, IW Köln (<http://www.iwkoeln.de/Publikationen/IWNachrichten/tabid/123/articleid/24513/Default.aspx>).
- Kaufmann, Franz-Xaver (2000):. Der deutsche Sozialstaat in international vergleichender Perspektive. Diskussionspapier Nr. 11, Bielefeld 2000plus -- Forschungsprojekte zur Region, Universität Bielefeld (<http://www.uni-bielefeld.de/bi2000plus/dokumente/Kaufmann%2011.pdf>).
- Lachmann, Werner (o.J.):Ethische Überlegungen zum Sozialstaat. Grundfragen der Wirtschaftsethik. Roth-Bernlohe: Gesellschaft zur Förderung von Wirtschaftswissenschaften und Ethik e.V. (http://www.wirtschaftundethik.de/ethische_uberlegungen_zum_sozi.HTM).
- Lindlar, Ludger; Scheremet, Wolfgang (1999): Does Germany have the "World's Highest Wage Costs"? Diskussionsbeitrag. Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 218, 5+6: 745-752 (http://www.digizeitschriften.de/dms/gcs-wrapper/gcsurl=ht tp%253A%252F%252Flocalhost%253A8086%252Fgcs%252Fgcs%253Aaction%253Dpdf%2526metsFile%253DPPN345616359_0218%2526divID%253DLOG_0058%2526pdfTitlepage%253Dhttp%25253A%25252F%25252Fwww.digizeitschriften.de%25252Fdms%25252Fpdf-titlepage%25252F%25253FmetsFile%25253DPPN345616359_0218%252526divID%25253DLOG_0058%2526targetFileName%253DPPN345616359_0218_LOG_0058.pdf).
- Niehoff, Jens-Uwe; Braun, Bernard (2010): Handwörterbuch Sozialmedizin und Public Health. 2. Auflage. Baden-Baden: Nomos-Verlag.
- Oberender, Peter; Ruckdäschel, Stephan (1999): Das Gesundheitswesen der Zukunft. Kostenfaktor oder Wachstumsbranche? Der Onkologe 5; 7: 581-585 (<http://springerlink.metapress.com/content/a5xtejd5lj7xht3t/fulltext.pdf>).
- Organisation for Economic Cooperation and Development (OECD) (2010): Revenue Statistics 1965-2009. SPECIAL Feature: Environmentally Related Taxation. Paris: OECD (<http://www.oecd-ilibrary.org/docserver/download/fulltext/2310163e.pdf?expires=1297726606&id=0000&accname=ocid53017056&checksum=350F15B77000FF5950FFF2C098121AE1>).
- Reiners, Hartmut (2005): Lohnnebenkosten - Mythen und Fakten. Die Ersatzkasse 11/2005: (<http://www.forum-gesundheitspolitik.de/dossier/PDF/Lohnnebenkosten-re-2005.pdf>; http://www.nachdenkseiten.de/upload/pdf/sach_lohnn_060429.pdf).
- Reiners, Hartmut (2010): Mythen in der Gesundheitspolitik. Bern. Huber.
- Riphahn, Regina; Bauer, Thomas (1998): Employment Effects of Payroll Taxes – An Empirical Test for Germany. IZA-Discussion Paper No. 11, Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit, Bonn (<http://ftp.iza.org/dp11.pdf>).
- Sachverständigenrat für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen (SVR-G) (1996): Gesundheitswesen in Deutschland. Kostenfaktor und Zukunftsbranche. Band I: Demographie, Morbidität, Wirtschaftlichkeitsreserven und Beschäftigung. Sondergutachten 1996, Kurzfassung. Bonn. SVR (<http://www.svr-gesundheit.de/Gutachten/Gutacht96/kurzf-de96.pdf>).

- Sachverständigenrat für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen (SVR-G) (2003): Finanzierung, Nutzerorientierung und Qualität. Band I. Finanzierung und Nutzerorientierung. Baden-Baden. Nomos-Verlag, / Bundestags-Drucksache 15-530 (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/15/005/1500530.pdf>).
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR-W) (2002): Zwanzig Punkte für Beschäftigung und Wachstum. Jahresgutachten 2002/2003. Wiesbaden: SVR/Statistisches Bundesamt (http://www.sachverständigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/download/gutachten/02_ges.pdf).
- Schönwälder, Thomas (2003): Begriffliche Konzeption und empirische Entwicklung der Lohnnebenkosten in der Bundesrepublik Deutschland - eine kritische Betrachtung. Edition Nr. 89, Düsseldorf: Hans-Boeckler-Stiftung (http://www.boeckler.de/pdf/p_edition_hbs_89.pdf).
- Schröder, Christoph (2010): Industrielle Arbeitskosten im internationalen Vergleich. Trends 3/2010. Köln: Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) (http://www.iwkoeln.de/Portals/0/PDF/trends03_10_2.pdf).
- Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) (2010): Bruttoinlandprodukt – Quartalssschätzungen. Historische Reihen: Jahresdaten ab 1948, Quartalsdaten ab 1965. Bern: SECO ([http://www.seco.admin.ch/themen/00374/00456/00458/index.html?lang=de](http://www.seco.admin.ch/themen/00374/00456/00458/index.html?lang=de&download=NHZLpZeg7t,lnp6I0NTU042I2Z6lnIacy4Zn4Z2qZpnO2Yuu2Z6gpJCFeoJ8f2ym162epYbg2c_JJKbNoKSn6A--)).
- Statistisches Bundesamt (2008): 2. Quartal 2008: Arbeitskosten +1,1%, Lohnnebenkosten -0,3%. Pressemitteilung Nr. 335 vom 08.09.2008: Wiesbaden: Destatis (http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2008/09/PD08__335__624,templateId=renderPrint.psml).
- Statistisches Bundesamt (2010a): Arbeitskosten im 3. Quartal 2010: Rückgang um 0,5% zum Vorquartal. Pressemitteilung Nr. 455 vom 09.12.2010. Wiesbaden: Destatis (http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2010/GenTable__2010,gtp=580944_253D21,templateId=renderPrint.psml).
- Statistisches Bundesamt (2010b): EU-Vergleich der Arbeitskosten und Lohnnebenkosten für das Jahr 2009. Pressemitteilung Nr. 122 vom 30.03.2010. Wiesbaden: Destatis (http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2010/03/PD10__122__624).
- Statistisches Bundesamt (2010c): Statistisches Jahrbuch 2010. Für die Bundesrepublik Deutschland mit »Internationalen Übersichten«. Wiesbaden: Destatis (<http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/SharedContent/Oeffentlich/B3/Publikation/Jahrbuch/StatistischesJahrbuch.property=file.pdf>).
- Statistisches Bundesamt (2010d): EU-Mitgliedstaaten behaupten Anteil am deutschen Außenhandel. Pressemitteilung Nr. 162 vom 07.05.2010. Wiesbaden: Destatis (http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2010/05/PD10__162__51,templateId=renderPrint.psml).
- Statistisches Bundesamt (2011): Arbeitskosten je geleistete Stunde (Jahresschätzung): Deutschland, Jahre, Wirtschaftszweige. Wiesbaden: Destatis (https://www-genesis.destatis.de/genesis/online;jsessionid=C08C8649F37B40888D4E88EF6FCC4BCF.tomcat_GO_1_1?operation=previous&levelindex=2&levelid=1297189309362&step=2).

- Steffen, Johannes (2006): Info-Grafik Sozialpolitik: Mantra »Lohnnebenkosten«. Bremen: Arbeitnehmerkammer Bremen (http://www.ak-sozialpolitik.de/doku/01_aktuell/info-grafik/2006_12_11_lohnnebenkosten.pdf).
- Till, Torsten (2005): Clarity: Klarheit über Rollen und Strukturen. Kostenallokation im Tarifbereich. HayGroup Newsletter 3/2005, Zürich: Hay Group (http://www.haygroup.com/Downloads/de/misc/Hay_Newsletter_CH_03-05.pdf).
- Wasem, Jürgen (2006): Gesunde Mischung. Die Finanzen der Krankenkassen müssen auf eine stabile Basis gestellt werden. Frankfurter Rundschau 62; 66: 8, 18.3.2006.
- Willgerodt, Hans (1988): Die Krisis der sozialen Sicherheit und das Lohnproblem. In: Hohmann, Karl (Hrsg.): Grundtexte zur sozialen Marktwirtschaft. Bd. 2: Das Soziale in der Marktwirtschaft. Ludwig-Ehrhardt-Stiftung. Stuttgart: Gustav Fischer (http://books.google.de/books?id=k6ELXfOP-sUC&pg=PA502&lpg=PA502&dq=Molitor+Selbstbeteiligung+in+der+Diskussion%22&source=bl&ots=8kXSs2SUK8&sig=HKxGgfp2MljVlaskAk9YRPDtwY0&hl=de&ei=22LXS4PvLZSUOIKDKvbEG&sa=X&oi=book_result&ct=result&resnum=2&ved=0CAgQ6AEwAQ#v=onepage&q=moral%20hazard&f=true).
- Wirtschaftskammern Österreichs (WKO) (2010): Abgabenquoten: Abgaben (Steuern und Sozialversicherungsbeiträge) in % des BIP (<http://www.wko.at/statistik/eu/europa-abgabenquoten.pdf>).